

Haasenburg GmbH

Keine Münchner Kinder bei Haasenburg!

Antrag Nr. 08-14 / A 04534 von DIE LINKE
vom 31.07.2013

Haasenburg-Bericht bekannt machen

Antrag Nr. 08-14 / A 04758 von DIE LINKE
vom 07.11.2013

Haasenburg – wird die Abrechnung überprüft?

Schriftliche Anfrage gemäß § 68 GeschO
von Frau StRin Dagmar Henn
vom 15.11.2013

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 00004

3 Anlagen

Beschluss des Kinder- und Jugendhilfeausschusses vom 03.06.2014 (SB) Öffentliche Sitzung

I. Vortrag der Referentin

Die vorliegende Beschlussvorlage fasst die zwei Anträge von Frau Stadträtin Henn (DIE LINKE) „Keine Münchner Kinder bei der Haasenburg!“ und „Haasenburg-Bericht bekannt machen“ sowie die Anfrage von Frau Stadträtin Henn „Haasenburg – wird die Abrechnung überprüft?“ zusammen. Des Weiteren wird auf die bereits in der Rathaus Umschau beantworteten Anfragen von Frau Stadträtin Henn vom 19.06.2013 „Will München Zustände wie bei Haasenburg?“ (Rathaus Umschau vom 01.08.2013) und vom 07.08.2013 „Haasenburg – was weiß das Jugendamt?“ verwiesen¹ (Rathaus Umschau vom 11.09.2013). Die Pressemeldungen zu den Einrichtungen der Haasenburg GmbH, vor allem ab dem Frühjahr 2013, sind dem Stadtjugendamt München bekannt. Daraus folgend erging umgehend eine Anfrage mit der Aufforderung um Stellungnahme an die zuständige Heimaufsicht des Landesjugendamtes Brandenburg. Alle dortigen Unterbringungen von Münchner Kindern bzw. Jugendlichen wurden außerdem individuell überprüft.

1 Siehe auch: <http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtinfos/Presse-Service/Presse-Archiv>

Zudem prüft das Stadtjugendamt ungeachtet der Berichterstattung engmaschig bei allen geschlossenen Unterbringungen im Sinne einer Gefährdungseinschätzung und steht dazu in regelmäßigem Kontakt mit den Heimaufsichten und insbesondere mit den Jugendlichen und deren Sorgeberechtigten. Das Stadtjugendamt München hat im Juni 2013 einen Belegungsstopp für die Haasenburg GmbH ausgesprochen.

1. Die Haasenburg GmbH

Die Haasenburg GmbH, ein freier Träger der Jugendhilfe, hält drei Einrichtungen mit 114 Plätzen im Land Brandenburg vor, davon befinden sich im Landkreis Dahme-Spreewald 30 Plätze am Standort Jessern und 60 Plätze in Neuendorf am See. Im Landkreis Märkisch-Oderland befinden sich 24 Plätze am Standort Müncheberg.

Das Angebot reicht von intensivpädagogisch-therapeutisch geschlossenen Gruppen bis offenen heilpädagogisch-therapeutische Gruppen und Projektstellen.²

Minderjährige, die auf Anfrage in die Einrichtungen der Haasenburg GmbH kommen, sind in der Regel Kinder ab 12 Jahren, Jugendliche und junge Volljährige mit teils schwerwiegenden psychischen Störungen, psychischer Instabilität nach frühen Bindungs- und Beziehungsstörungen und gravierenden Störungen der sozialen Interaktion, Suchtverhalten und Delinquenz. Für die Aufnahme im geschlossenen Bereich wird ein Beschluss des Familiengerichtes nach § 1631 b BGB vorausgesetzt. Im Jahr 2013 wurden die Einrichtungen der Haasenburg GmbH von Jugendämtern aus 14 Bundesländern belegt.

2. Belegungen der Haasenburg GmbH durch das Stadtjugendamt München

Das primäre Ziel einer stationären Unterbringung in der Jugendhilfe ist die Auswahl eines Platzes, der geeignet und auf den individuellen Bedarf des jungen Menschen ausgerichtet ist. Nach Möglichkeit soll die Einrichtung wohnortnah sein, um möglichst förderliche Beziehungen zum bisherigen Umfeld erhalten zu können.

Im Freistaat Bayern gibt es acht Einrichtungen mit der Möglichkeit einer geschlossenen Unterbringung (126 Plätze, davon 47 männlich, 54 weiblich, 25 koedukativ)³. Die Einrichtungen werden von allen Jugendämtern bundesweit angefragt und belegt. Die Wartelisten sind dementsprechend lang und die Angebote decken nicht das gesamte Spektrum des notwendigen pädagogischen Settings ab, so dass auch auf wohnortferne Einrichtungen zurückgegriffen werden muss. Da es sich in jedem Einzelfall um eine Selbst- und/oder Fremdgefährdung des jungen Menschen handelt, ist mit Beschluss des Familiengerichtes eine zeitnahe Unterbringung zur Sicherung des Kindeswohls zu veranlassen.

² Siehe auch <http://www.haasenburg.de/>, Stand 22.01.2013

³ Veröffentlichte Aufstellung des DJI, Stand April 2013

http://www.dji.de/bibs/jugendkriminalitaet/JH_Einrichtungen_Unterbringung_1631b_BGB_Stand_April_2013.pdf

Im Juni 2013 waren sechs Münchner Jugendliche in Einrichtungen der Haasenburg GmbH untergebracht. Gemäß der Rückmeldung der zuständigen Heimaufsicht gab es zu diesem Zeitpunkt entgegen der Presseberichterstattung, die sich im Wesentlichen auf Vorgänge in der Vergangenheit bezog, keine Hinweise auf Kindeswohlgefährdende Zustände in den Einrichtungen der Haasenburg GmbH. Ebenso lagen dem Stadtjugendamt München keine Beschwerden von Jugendlichen selbst vor, die die Unterbringung betreffen. Die Haasenburg GmbH hat jederzeit Gespräche mit den Jugendlichen vor Ort zugelassen. In den individuellen Gesprächen mit den Jugendlichen wurden keine Menschenrechtsverletzungen berichtet.

Alle dort untergebrachten Münchner Jugendlichen wurden im Rahmen der regulären Hilfeplanung mit Beteiligung der Sorgeberechtigten und der Jugendlichen seither entweder nach Hause zu ihren Eltern entlassen oder in eine weiterführende Erziehungshilfe oder andere Maßnahme vermittelt. Ab dem 07.10.2013 waren keine Münchner Jugendlichen mehr in der Einrichtung untergebracht.

Aufgrund des vom Stadtjugendamt bereits im Juni 2013 ausgesprochenen Belegungsstopps fanden keine Neubelegungen durch das Stadtjugendamt mehr statt.

3. Fall- und Kostensteuerung

Aufgabe des Stadtjugendamtes ist es, im Rahmen des Hilfeplanverfahrens (§ 36 SGB VIII) auf den jeweiligen Einzelfall bezogen eine dem Kindeswohl entsprechende Hilfe zur Erziehung zu gewähren und den Hilfeprozess nach verbindlichen Standards zu begleiten. Im Rahmen der mindestens halbjährlich stattfindenden Hilfeplanüberprüfungen waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stadtjugendamtes München selbst vor Ort in den Einrichtungen der Haasenburg GmbH, um die Jugendlichen im Erziehungskontext erleben und mit ihnen in direkten Kontakt treten zu können. Alle Kinder und Jugendlichen, die im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe stationär untergebracht und versorgt werden, bekommen jede pädagogische, psychologische und psychotherapeutische Hilfe, die zur Bewältigung ihrer individuellen Lebenssituation notwendig ist. Die konkreten Maßnahmen und die Dauer werden gemeinsam mit den Kinder und Jugendlichen, deren Eltern und/oder Sorgeberechtigten im Rahmen des Hilfeplanverfahrens besprochen und vereinbart.

Stationäre Einrichtungen in der Jugendhilfe werden nach den Maßgaben eines länderspezifischen Rahmenvertrages nach § 78 f SGB VIII⁴ durch Entgeltsätze finanziert. Grundlage jedes einzelnen Angebotes sind vor allem eine Leistungsbeschreibung und eine Qualitätsentwicklungsvereinbarung, in denen detailliert beschrieben ist, welche Leistungen, wie und in welchem Umfang angeboten werden. Der größte Kostenanteil betrifft das Personal. Die Personalbemessung wird über die Betriebserlaubnis nach § 45 SGB VIII durch die zuständige Heimaufsicht festgelegt und orientiert sich an Mindestanforderungen an die Personalausstattung und der Qualifikation der Fachkräfte.

4 Siehe auch: <http://www.blja.bayern.de/textoffice/vereinbarungen/index.html> Stand 22.01.2014

Die Entscheidung, ob eine Einrichtung mit einem Tagessatz von über 150 € im individuellen Einzelfall belegt wird, trifft in München die jeweilige Sozialbürgerhausleitung. Bei Belegung des entsprechenden Angebotes muss der Kostenträger davon ausgehen, dass die Leistungen im beschriebenen Umfang auch erbracht werden. Darüber hinaus können, falls nötig, im Rahmen der Hilfeplanung individuelle Zusatzleistungen vereinbart werden, die jeweils inhaltlich und kostenseitig beschrieben sein müssen. Ebenso wird jede Abrechnung auf ihre Stimmigkeit durch die Finanzverwaltung der Wirtschaftlichen Jugendhilfe geprüft. Mängel sind nicht aufgefallen. Es besteht deshalb keine Veranlassung, erneut Rechnungen zu prüfen.

4. Aktuelle Situation der Haasenburg GmbH

Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg hat im Juni 2013 vor dem Hintergrund der Vorwürfe gegen die Arbeit in den Jugendhilfeeinrichtungen der Haasenburg GmbH eine Untersuchungskommission ins Leben rufen. Die Kommission sollte den Umgang mit den Kindern und Jugendlichen, bei denen gerichtlich eine geschlossene Unterbringung zugelassen wurde, in den Einrichtungen des Trägers untersuchen.⁵ Außerdem wurde am 09.07.2013 ein vorläufiger Belegungsstopp durch das Ministerium ausgesprochen.⁶ Am 06.11.2013 wurde durch die Jugendministerin Martina Münch und den Vorsitzenden der Untersuchungskommission, Dr. Martin Hoffmann, der Bericht und die Empfehlungen der unabhängigen Kommission zur Untersuchung der Einrichtungen der Haasenburg GmbH vorgestellt.⁷ Der Bericht ist unter folgendem Link nachzulesen http://www.mbjs.brandenburg.de/sixcms/media.php/5527/Broschur_Endbericht_Haasenburg.pdf (Stand 06.11.2013).

Im Bericht wird beispielsweise aufgeführt, dass die Intentionen, positives Haltgeben zu befördern und sich auch in schwierigen Verweigerungssituationen auseinanderzusetzen sowie Entweichen zu erschweren, durchaus auf ein fachgerechtes Grundverständnis für das Verhalten der Betreuten hinweisen. Allerdings sind die in der Praxis ausgeführten Maßnahmen zumindest fragwürdig und deuten auf ein Menschenbild hin, das zumindest bei einigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Haasenburg GmbH die Ausübung von Willkür ermöglicht hat; auch durch Überforderung dürfte Fehlverhalten entstanden sein. Des Weiteren wird festgestellt, dass die monatliche kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung durch externe Fachärzte nicht ausreichend ist, in Krisen werden Ärzte zu spät hinzugezogen, Kooperationsverträge mit Kliniken, obwohl vorgeschrieben, wurden nicht verabreitet und Krisenpläne nur unvollständig erarbeitet. Ebenso sind die Möglichkeiten zur Reflexion der pädagogischen Arbeit unterdurchschnittlich ausgeprägt und nicht ausreichend. Die Beschulung wird mit Blick auf die Hausschule und Einzelförderung als inadäquat und deutlich ausbaufähig bezeichnet.⁸

5 Siehe auch: <http://www.mbjs.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.333871.de> Stand 17.06.2013

6 Siehe auch: <http://www.mbjs.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.335768.de>, Stand 09.07.2013

7 Siehe auch: <http://www.mbjs.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.345828.de>, Stand 06.11.2013

8 ebd.

Die Empfehlungen des Berichtes sind auf einen Weiterbetrieb der Einrichtung ausgerichtet. Die politischen Schlussfolgerungen, die aufgrund des Berichtes in Brandenburg getroffen wurden – die Schließung der Einrichtung – und die fachliche Bewertung der Münchner Einzelfälle und den Anforderungen an das Jugendhilfzentrum, sind getrennt zu betrachten.

Als Konsequenz aus dem vorliegenden Bericht hat die Haasenburg GmbH am 13.12.2013 den Widerruf der Erlaubnis für den Betrieb der Jugendhilfeeinrichtung in Neuendorf, Müncheberg und Jessern erhalten. Die Haasenburg GmbH hatte demnach den Betrieb dieser Einrichtungen bis zum 20.12.2013 einzustellen.⁹ Seit 20.12.2013 befinden sich keine Jugendlichen mehr in der Haasenburg GmbH. Das Verwaltungsgericht Cottbus hat am 14.01.2014 diese Entscheidung bis zur endgültigen Klärung des Rechtsstreites bestätigt.¹⁰

5. Konsequenzen und Perspektive

Der Bericht der Untersuchungskommission zur Arbeit der Haasenburg GmbH beschreibt klare Defizite in der Umsetzung des pädagogischen Konzeptes und benennt weitreichende, fachliche Empfehlungen, deren Umsetzung für einen weiteren Betrieb der Einrichtung dringend notwendig wären. Als Konsequenz aus den dargestellten Defiziten in der Haasenburg GmbH wird es eine weitere Belegung durch das Stadtjugendamt München, unabhängig der zukünftigen Ergebnisse des laufenden Rechtsstreites, nicht mehr geben.

Mit der Entscheidung des Stadtrates, eine geschlossene Einrichtung (Jugendhilfzentrum Scapinellistraße) im Stadtgebiet München zu eröffnen, wurde dem fachlichen Anspruch Rechnung getragen, dass außergewöhnliche und schwierigste Kinder und Jugendliche, die selbst- und/oder fremdgefährdend sind, wohnortnah zu versorgen und zu betreuen sind. Entscheidend ist, dass mit den Kinder, Jugendlichen und deren Sorgeberechtigten möglichst schnell eine individuelle und bedarfsorientierte Perspektive erarbeitet wird und damit der notwendige Freiheitsentzug so kurz wie möglich erfolgt.¹¹ Die dazu notwendigen Strukturen und Ressourcen stehen im Stadtgebiet und im Großraum München zur Verfügung.

Um pädagogische Missstände und potentiellen Gewaltmissbrauch in einer geschlossenen Einrichtung zu verhindern, muss die Tätigkeit von allen Beteiligten und Verantwortlichen innerhalb und außerhalb der geschlossenen Einrichtung transparent und jederzeit durch Dritte überprüfbar sein. Transparenz und Überprüfbarkeit lassen sich einerseits durch Nähe an den pädagogischen Prozessen und andererseits durch genaues Hinsehen von Außen herstellen. Dies wird durch den Standort und das Eingebundensein des Jugendhilfzentrums unmittelbar ermöglicht. Trotz der schwierigen Erfahrungen mit dem Jugendhilfzentrum hat sich doch gezeigt, dass eine Isolation nicht möglich ist, sondern

⁹ Siehe auch: <http://www.mbjs.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.350313.de> Stand 13.12.2013

¹⁰ Siehe auch: <http://www.mbjs.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.352051.de> bzw. http://www.vg-cottbus.brandenburg.de/sixcms/detail.php?gsid=bb1.c.352236.de&template=seite_vgcb_pressemit Stand 14.01.2014

¹¹ Siehe auch: Sitzungsvorlagen zum Jugendhilfzentrum Nrn. 08-14 / V 02069, 08-14 / V 02850, 08-14 / V 04325, 08-14 / V 11884, 08-14 / V 13648

Strukturen vorhanden sind, die eine größtmögliche Transparenz zur Folge haben, und Fachkräfte tätig sind, die auf fachlich hochwertiges Arbeiten achten, vor allem auf eine intensive Kommunikation und Bewertung der laufenden pädagogischen Prozesse. In der Sitzung des Kinder- und Jugendhilfeausschusses vom 03.12.2013 wurde bekannt gegeben, dass die Evangelische Jugendhilfe Würzburg die Trägerschaft des Jugendhilfezentrums übernimmt.¹² Die Evangelische Jugendhilfe Würzburg ist hervorragend vernetzt und hat seit 10 Jahren als einziger Träger insbesondere Erfahrung mit dem Betrieb einer geschlossenen Einrichtung in einem Stadtgebiet. Im zukünftigen Betrieb des Jugendhilfezentrums ist weiterhin sichergestellt, dass fachlich alles getan wird, um Missstände in der geschlossenen Einrichtung zu vermeiden und dass die Aufmerksamkeit hinsichtlich der pädagogischen Prozesse so intensiv ist, dass Fehlentwicklungen rechtzeitig erkannt und korrigiert werden können. Folgende strukturelle Verankerungen und Qualitätsmerkmale beim Neustart des Jugendhilfezentrums sollen hervorgehoben werden:

- Die Evangelische Jugendhilfe Würzburg, als neuer Träger des Jugendhilfezentrums, hat langjährige Erfahrung mit dem Betrieb einer geschlossenen Einrichtung und kann ein erprobtes und ausdifferenziertes Sicherheitskonzept vorweisen.
- Eine enge Kooperation und gute Versorgung durch die Kinder- und Jugendpsychiatrie (Heckscher-Klinik) ist sicher gestellt.
- Es gibt eine gute Vernetzung und Kooperation mit den vielfältigen und ausdifferenzierten Hilfeangeboten der Jugendhilfeträger im Stadtgebiet.
- Anschlusshilfen werden mit Trägervertretern vor Ort im Jugendhilfezentrum vorbereitet und eingeleitet. Dadurch wird ein Einblick in das differenzierte und partizipative Clearingverfahren regelhaft ermöglicht.
- Das Familiengericht München und die Verfahrensbeistände pflegen eine enge Anbindung an das Jugendhilfezentrum, kennen die Örtlichkeiten und sind präsent. Das Familiengericht setzt sich intensiv mit den rechtlichen Fragestellungen im Rahmen des Freiheitsentzugs auseinander und achtet neben den Verfahrensbeiständen auf die Einhaltung der gesetzlichen Verfahrensstandards.
- Häufig kennt die Polizei die Jugendlichen und ist im engen Kontakt mit dem Jugendhilfezentrum.
- Der Bürgerbeirat begleitet kritisch die Arbeit des Jugendhilfezentrums, ist sensibilisiert für die hochkomplexen Problemlagen und Nöte der Jugendlichen und stellt die Einbindung in den Stadtteil sicher.
- Eine externe Beratung und Begleitung durch die Planungsgruppe PETRA ist sichergestellt.¹³

¹² Siehe auch Sitzungsvorlage zum Jugendhilfezentrum Nr. 08-14 / V 13648

¹³ Siehe auch: Bekanntgabe zum Jugendhilfezentrum Scapinellistraße, KJHA am 03.12.2013, SV Nr. 08-14 / V 13648

Für die weitere Fachdebatte ist dabei – unabhängig von dem Bericht der Untersuchungskommission zur Haasenburg GmbH – von zentraler Bedeutung zu analysieren, welche Kritik die Kommission an den pädagogischen Konzepten für die sogenannten „Schwierigsten“ und deren praktischer Umsetzung übt und welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind. Die Erziehungshilfe kommt nicht umhin, sich immer wieder fachlich mit den Konzepten für „die Schwierigsten“ auseinanderzusetzen, fundiert zu diskutieren und nach tragfähigen Alternativen zu suchen, um allen Kindern und Jugendlichen ein kindeswohlgerechtes Aufwachsen und eine sinnvolle Lebensperspektive zu ermöglichen.¹⁴

Dieser Herausforderung wird sich das Stadtjugendamt weiterhin gemeinsam mit den Jugendhilfeträgern, der Kinder- und Jugendpsychiatrie, dem Familiengericht und der Polizei stellen und den Prozess der Optimierung von Kooperationsbezügen und der Entwicklung von neuen Handlungsansätzen im Sinne der Kinder und Jugendlichen vorantreiben.

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung eines Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Der Korreferentin/dem Korreferenten des Sozialreferates, der Stadtkämmerei, der Frauengleichstellungsstelle und dem Sozialreferat/Stelle für interkulturelle Arbeit ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

II. Antrag der Referentin

1. Der Vortrag über die Belegung der Haasenburg GmbH durch das Stadtjugendamt München, die aktuelle Situation der Haasenburg GmbH sowie die Konsequenzen und die Perspektive werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag Nr. 08-14 / A 04534 von DIE LINKE vom 31.07.2014, der Antrag Nr. 08-14 / A 04758 von DIE LINKE vom 07.11.2013 und die schriftliche Anfrage gemäß § 68 GeschO vom 15.11.2013 von Frau Stadträtin Henn sind geschäftsordnungsgemäß behandelt.
3. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

¹⁴ Vgl. Reinhold Gravelmann „Bericht und Empfehlungen der Haasenburg-Untersuchungskommission“ in AFET – Dialog Erziehungshilfe Ausgabe 4/2013

III. Beschluss

nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München
Kinder- und Jugendhilfeausschuss

Die/Der Vorsitzende

Die Referentin

Bürgermeister/-in

Brigitte Meier
Berufsm. Stadträtin

IV. Abdruck von I. mit III.

über den Stenographischen Sitzungsdienst
an das Direktorium – Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt
z.K.

V. Wv. Sozialreferat

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. **An das Sozialreferat, S-III-M**
An die Frauengleichstellungsstelle
z.K.

Am

I.A.